

Platzeck: Wer an der Agrarstruktur rüttelt, riskiert Arbeitsplätze

Interview der Märkischen Oderzeitung vom 7. Mai 2010 mit Matthais Platzeck.

Märkische Oderzeitung: Herr Platzeck, hat Brandenburg Defizite bei der Aufarbeitung der Zwangskollektivierung?

Matthias Platzeck: Nein. In der Präambel des Koalitionsvertrages steht klar, dass DDR-Unrecht weder unter den Teppich gekehrt noch schöneredet wird. Unsere Zuwendung gehört den Opfern. Die Debatte um den Gedenkstein in Kyritz hat etwas Virtuelles und Künstliches. Der Hauptvorwurf der ersten Tage bestand darin, dass der Ministerpräsident aus Sachsen-Anhalt daran teilnahm, der aus Brandenburg aber nicht ...

Es entstand der Eindruck, als hätte es der Initiative von Herrn Böhmer bedurft, damit Brandenburg sich des Themas annimmt ...

Der Bauernbund mit Hauptsitz in Sachsen-Anhalt wollte den Gedenkstein dort enthüllen. Zwei Gemeinden haben das abgelehnt und so ist man nach Kyritz ausgewichen. Kollege Böhmer hatte schon seine Teilnahme zugesagt, bevor das Ereignis nach Brandenburg abwanderte. Es ist schon ein eigenartiger Vorgang, dass ich weder über die Aufstellung und den Auftritt des Kollegen Böhmer informiert, geschweige denn eingeladen war und einige aus der Opposition dennoch ein bewusstes Fehlen beschreiben.

Das ändert nichts daran, dass hier kaum über Zwangskollektivierung diskutiert wurde ...

Das war auch nicht nötig, weil wir nie von etwas anderem gesprochen haben. Inzwischen wird ja auch klar, dass die ganze Aktion eine andere Richtung erhält. Der Bauernbund, wohlgemerkt nicht der Landesbauernverband – da kommt es mitunter zu Verwechslungen – hat sich in einer Presseerklärung bei CDU, FDP und Grünen ausdrücklich bedankt, dass sie das dunkle Kapitel in der Landwirtschaft aufarbeiten wollen. Damit ist nicht die Zwangskollektivierung zu DDR-Zeiten gemeint, sondern die freie Entscheidung von Bauern nach 1990, sich neu in unterschiedlichen Rechtsformen zu organisieren. Die Pressemitteilung gipfelt in der Aussage, es sei höchste Zeit für eine agrarpolitische Kurskorrektur. Jetzt sind die Hosen runter, da weiß jetzt jeder, wo es hingehen soll. Die Aussage des Grünen-Fraktionsvorsitzenden Axel Vogel, dass in den Agrarbetrieben Leninismus und frühkommunistisches Gedankengut herrscht, halte ich für einen unerhörten Vorgang, der eigentlich eine Entschuldigung erfordert.

Die Opposition verweist auf Ungerechtigkeiten bei der Umwandlung der LPG ...

Ich kann nicht ausschließen, dass es in einzelnen Orten zu Ungerechtigkeiten gekommen ist. Aber die Opposition sollte noch mal in die Geschichtsbücher schauen. Die Umgestaltung nach der Wende hatte ihre rechtliche Basis in Gesetzen, die damals eine CDU-FDP-Bundesregierung geschaffen hat. Wir haben heute eine vielgestaltige Eigentums- und Größenstruktur. Sie ist der Erfolgsgarant für eine der leistungsfähigsten Agrarwirtschaften in Deutschland. Wer daran rüttelt, versündigt sich an strukturbildenden Arbeitsplätzen auf dem Land.

In diesen Zusammenhang gehört die Aussage der Stasibeauftragten Ulrike Poppe, die alte Seilschaften am Werke sieht ...

Was ihren Gedanken zu Verklärungserscheinungen in der DDR angeht, so nehme ich die in unseren Nachbarländern nicht anders wahr. Deshalb setze ich mich seit längerem für ein ungeschminktes Geschichtsbild ein, das aber nicht auf Schwarz-Weiß-Malerei reduziert. Wenn ostdeutsche Geschichte immer nur unter der Überschrift Stasi und Unrechtsstaat thematisiert wird, darf man sich nicht wundern, dass es zu Verklärungen kommt. Im übrigen: Ich habe hohen Respekt vor Ulrike Poppe. Ich habe mich für ihre Tätigkeit eingesetzt. Dabei war von vornherein klar, dass ich nicht jede ihrer Einschätzungen teilen werde. Unsere moderne Wirtschaft ist doch nicht durch alte Seilschaften entstanden. Ich erlebe auch nicht, dass diese heute hier noch die Gesellschaft prägen. Wer kann ernsthaft behaupten, dass dubiose Gestalten in den letzten 20 Jahren die Geschicke des Landes bestimmt haben?